

A N T R A G

der CDU-Landtagsfraktion
der SPD-Landtagsfraktion

betr.: Zukunft der Landwirtschaft gestalten; Herausforderungen gemeinsamer Agrarpolitik im Saarland, Deutschland und der EU

Der Landtag wolle beschließen:

Bereits im November 2017 hat die EU-Kommission in einer Mitteilung zum Thema „Ernährung und Landwirtschaft der Zukunft“ dargelegt, den Mitgliedstaaten auf der Grundlage gemeinsam festgelegter Ziele künftig mehr Handlungsspielraum bei der Gestaltung und Umsetzung der gemeinsamen Agrarpolitik (GAP) zu geben. Durch diese effizientere Mittelzuweisung soll die älteste gemeinsame EU-Politik zukunftsicher werden. Insbesondere der Bürokratieabbau und der flexiblere Ansatz in der Mittelverwendung sollen dafür sorgen, dass die Neuausrichtung der Gemeinsamen Agrarpolitik zukünftig zu einer Entlastung der Landwirte führt und Anreize für eine nachhaltige Entwicklung der Landwirtschaft in der EU schafft.

Mehr denn je muss die Landwirtschaft heutzutage den gesellschaftlichen Erwartungen entsprechen: Landwirtschaftliche Erzeugnisse müssen stärker mit der Wahrnehmung allgemeinwohlfördernder Güter wie Natur-, Klima- und Umweltschutz, Kulturlandschaftspflege sowie Biodiversität und Tierwohl verknüpft werden.

Das Saarland als bundesweiter Spitzenreiter im ökologischen Landbau muss bei diesen Herausforderungen vorangehen.

Der Landtag des Saarlandes begrüßt daher den Erfolg der Landesregierung bei der Umsetzung der Ausgleichszahlungen für saarländische Landwirte. Darüber hinaus konnte das Saarland die besondere Bedeutung von benachteiligten landwirtschaftlichen Gebieten im Beschlusstext der Sonderagrarministerkonferenz durchsetzen, sodass sich alle Landwirtschaftsminister der Bundesländer zur finanziellen Förderung benachteiligter Gebiete und somit zum Erhalt einer flächendeckenden Landwirtschaft bekennen. Von den rund 88.000 ha landwirtschaftlicher Nutzfläche im Saarland sind rund 82.000 ha als von Natur aus benachteiligte Gebiete – also Standorte mit schwierigen Produktionsbedingungen und vergleichsweise niedrigem Ertragspotenzial – anerkannt.

Die zukünftigen Herausforderungen sind vielfältig. Sie reichen von der Digitalisierung der Landwirtschaft, dem geplanten Ausstieg aus der Nutzung glyphosathaltiger Pflanzenschutzmittel, über eine Einkommenssicherung der Landwirte bis hin zu einer flächendeckenden Landwirtschaft im Einklang mit Natur und Umwelt, Tierwohl und Artenschutz sowie Verbraucherbildung.

Der Landtag fordert die Landesregierung auf:

- sich im Bund weiterhin für eine solide finanzielle Ausstattung der Gemeinsamen Agrarpolitik nach 2020 stark zu machen,
- sich weiterhin für die Beibehaltung des Systems und ausreichende Finanzierung der zwei Säulen einzusetzen,
- bei der Ausgestaltung der Strategiepläne für die Umsetzung der europäischen GAP-Ziele in Deutschland sich für eine Stärkung der Mitbestimmungsrechte der Bundesländer einzusetzen,
- sich für eine Reform der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ (GAK) einzusetzen und das Jährlichkeitsprinzip der GAK-Bundesmittel abzuschaffen, mindestens jedoch auszuweiten auf n+1,
- sich für zusätzliche Mittel des Bundes außerhalb der GAK für den Bereich Ökologischer Landbau einzusetzen,
- sich weiterhin für den Fortbestand einer flächendeckenden Landwirtschaft insbesondere auf benachteiligten Gebieten zum Erhalt einer vielfältigen Kulturlandschaft und damit auch der Biodiversität einzusetzen
- sich verstärkt für die Zukunftssicherheit der grünen Berufe einzusetzen,
- sich auf Bundesebene für klare Vorgaben einer systematischen Minderungsstrategie für den Einsatz von glyphosathaltigen Pflanzenschutzmitteln stark zu machen; die landwirtschaftlichen Betriebe dürfen mit den Herausforderungen, die sich aus dem Ausstieg kritischer Pflanzenschutzmittel und schließlich dem Verzicht ergeben, nicht allein gelassen werden,
- in stärkerem Maße dafür zu werben, brachliegende Privatwaldflächen einer nachhaltigen Produktion des Rohstoffes Holz zuzuführen („Charta Holz“),

B e g r ü n d u n g :

Erfolgt mündlich.